

Was heißt heute noch „konservativ“?

Festvortrag vor Studenten am 3. Juni 2017 in Tübingen
(erweiterte Fassung)

Wer oder was ist eigentlich konservativ? Was lässt sich mit diesem Ausdruck noch sinnvoll bezeichnen und abgrenzen - die Frage stellen heißt einräumen, dass da eine gewisse Unsicherheit waltet. Ist Angela Merkel konservativ? Oder vielleicht Donald Trump? Ist es die CSU? Oder die AfD? Man sagt gern "bürgerlich-konservativ", spricht aber auch von konservativen Sozialdemokraten und Konservativ-Liberalen. Ob evangelikale Christen oder nachhaltig grüne Naturschützer, man kann ganz unterschiedliche Denk- und Lebensweisen, Gruppierungen und nicht zuletzt Leute so etikettieren, auch wenn sie dies selbst nicht tun. Lange Zeit war in unserer Nachkriegsgeschichte ohnehin nicht ganz klar, ob "konservativ" die Bezeichnung einer legitimen politisch-moralischen Haltung sein sollte oder ein Schimpfwort.

Nicht grundlos natürlich; es war nicht zuletzt dem Gebrauch und verbrecherischen Missbrauch der als konservativ geltenden Werte und Normen durch Hitler und das nationalsozialistische Deutschland geschuldet. Das gilt zuallererst für den Staat und die Nation selbst und damit auch für die auf beides bezogene Loyalität, gemeinhin Patriotismus genannt. Hitlers Rassenkampf - mit dem er unter anderem den Klassenkampf endgültig zu überwinden glaubte - war zwar im Wortsinn weder "völkisch" noch traditionsgebunden, sondern griff, revolutionär und volksübergreifend zugleich, extrem und gewaltsam über beides hinaus. Zugleich war dieser explosive Kern seiner "Weltanschauung", so wahnhaft sie sich ausnehmen mag, wohl als einziges Motiv von Grund auf "echt", wurde also von ihm tatsächlich geglaubt und nicht nur benutzt.

Die Folgen baden wir bis heute aus einschließlich der weiterwirkenden Kontaminierung der beiden im "Nationalstaat" miteinander verbundenen Begriffe. Selbst eine so positiv besetzte Formel wie der 1979 - zum dreißigjährigen Bestehen des Grundgesetzes - vom Politologen und Journalisten Dolf Sternberger kreierte "Verfassungspatriotismus" war letztlich eine Verlegenheitslösung. Es ist schon noch ein Unterschied, ob man die eigene Nation nur dann liebt, sich mit ihr identifiziert und für sie eintritt, wenn sie eine freiheitlich-demokratische und humane Verfassung hat, oder ob man sie auch unter ganz anderen Umständen noch liebt und eben deshalb alles dafür tut, dass sie eine menschenwürdige Verfassung hat. Die Verlegenheit ergab sich freilich nicht nur aus Deutschlands NS-Vergangenheit, sondern auch aus der darauf folgenden deutschen Teilung, die von den Bundesdeutschen weithin resignierend als unabänderliches Schicksal hingenommen, wenn nicht gar, zumindest vom Gros ihrer intellektuellen Meinungsführer, geradezu propagiert wurde.

Indem man - nicht offiziell und rechtsverbindlich, aber faktisch - die politische Einheit der Nation abschrieb, konnte sich schließlich jeder ernstgemeinte Patriotismus nur noch auf die damalige Bundesrepublik oder auf die sich formierende, noch sehr unvollkommene Europäische Union beziehen und war im Grunde ein Ersatzpatriotismus. Das war vielen vorerst noch zu wenig, mit Ausnahme eben der erwähnten Intellektuellen, die mehrheitlich überhaupt keine Patrioten mehr sein wollten. Was nicht wenige ja nach wie vor nicht wollen, wie am längst nicht ausgestandenen, moralisch hoch aufgeladenen Streit um die Flüchtlingspolitik und in diesem Kontext um die sogenannte Leitkultur unschwer zu erkennen ist; darauf komme ich noch zurück.

Am Patriotismus erweist sich überhaupt sehr klar die Relativität der überkommenen konservativen Begrifflichkeit, denn zumindest in den sechs Jahrzehnten von 1789 bis 1848 war ja die Nation eine revolutionäre Idee und als solche untrennbar mit der Idee der Freiheit verbunden. Dabei scheint die Sache einfach, wenn wir vom ursprünglichen Sinn des Wortes ausgehen: Der Konservative will bewahren. Er besetzt also eine mehr oder minder ausgeprägte Gegenposition zum Fortschritt, sieht ihn kritisch und skeptisch bis ablehnend, setzt ihm unter Umständen Widerstand entgegen und ist damit begrifflich und oft auch tatsächlich wiederum davon abhängig, was jeweils gerade als Fortschritt gilt. Konservative sind Fortschritts-Oppositionelle, es gibt sie, weil und solange es Fortschritt und Fortschrittsanhänger oder gar Fortschrittsgläubige gibt.

Als einen frühen Konservativen der europäischen Geschichte sehe ich z. B. Marcus Tullius Cicero. An seinem Schicksal lässt sich idealtypisch die Größe wie auch die Schwäche der konservativen Haltung ablesen, die in der Vergeblichkeit seiner Opposition gegen eine Entwicklung zum Ausdruck kommt, die er für verhängnisvoll hielt. Cicero redete, schrieb, agierte, taktierte und lavierte mit großem Einsatz in dem vergeblichen Bemühen, die Staatsform der Republik als Oligarchie der maßgeblichen Familien mitsamt den hergebrachten "römischen Tugenden" - wenn man so will, der damals tradierten Leitkultur - zu retten und deren Umwandlung in eine neue Alleinherrschaft abzuwenden. Er musste scheitern; die Entwicklung war wie eine tektonische Verschiebung durch nichts und niemand aufzuhalten, und Cicero bezahlte den hinhaltenden Widerstand mit dem Leben. Der Konservative also als tragische Figur, die dem Zeitgeist oder Zeitungeist schließlich unterliegt; er kommt zu spät, und ihn bestraft das Leben. (Unter Umständen kommt er vielleicht auch zu früh, wenn nämlich der alte Zeitgeist ein paar Umdrehungen später eine Renaissance erleben sollte.)

Apropos Widerstand: Fast zwei Jahrtausende später, am 20. Juli 1944, scheiterten die konservativen Verschwörer gegen Hitler - der selbst wie schon erwähnt durchaus kein Konservativer war - ebenfalls in aussichtsloser Lage. Die totalitäre Umwälzung, gegen die sie sich stellten, kulminierte in der fortschreitenden Bestialität eines Regimes und des von diesem Regime entfesselten Krieges; einer Bestialität, die in dem restlichen Dreivierteljahr bis zur totalen Niederlage mehr Opfer fordern sollte als in den fünf Kriegsjahren zuvor. Sie ahnten die Vergeblichkeit ihres Unternehmens; und manche Kritiker kreiden ihnen an, sie wären ja zunächst auf Hitler hereingefallen und ihm gefolgt, was aufgrund ihrer Herkunft und traditionsgeprägten Erziehung bei manchen auch der Fall war - aber dieser Einwand, meine ich, mindert gerade nicht ihr moralisches Verdienst, sondern erhöht es.

Der Konservative als Gegenspieler zur Zeittendenz, wenn nicht zum Zeitgeist - unter diesem Aspekt könnte man die großen Akteure der Geschichte Revue passieren lassen. War Bismarck konservativ? Metternich, Churchill, de Gaulle oder auch Adenauer, Strauß und Kohl? An Bismarck etwa lässt sich die ambivalente Unschärfe des Begriffs gut aufzeigen: Von Hause aus, dem patriarchalisch geprägten Gutshaus einer märkischen Adelsfamilie, preußisch königstreu bis auf die Knochen, wuchs er als preußischer Ministerpräsident und erst recht als Reichskanzler, bedingt durch die Gunst und Ungunst der Umstände, machtvoll darüber hinaus und erscheint aus der Distanz manchem als genialer, geschichtsmächtiger Revolutionär und Reaktionär zugleich.

Womit auch gleich die beiden extremen Pole des hier beschriebenen Antagonismus genannt sind. Extreme, die sich auf sprichwörtliche Weise berühren: denn beide, Revolutionär wie Reaktionär, folgen einer Utopie, ersehnen einen vermeintlichen Idealzustand, den der eine in die Vergangenheit, der andere in die Zukunft projiziert, wobei eines das andere nicht immer ausschließt. Das Muster liefert Jean-Jaques Rousseau, der den Menschen und die Gesellschaft im vermeintlichen "Naturzustand" für frei hält und idealisiert. Rousseaus Kulturkritik und seine dialektisch daraus abgeleitete, politische Vision eines absoluten und damit unfehlbaren Volkswillens, der *volonté*

générale, ließ sich später denn auch von links bis rechts totalitär ausbeuten. Schon deshalb führt die beliebte Unterscheidung von "strukturkonservativ" und "wertkonservativ" nicht weit; denn wertkonservativ sind sie ja irgendwie alle - auch marxistische Revolutionäre, sonst jeder Religion abhold, führten gern den "Kommunismus" der christlichen Urgemeinde ins Feld.

Der pragmatisch-politische Begriff des Konservativen entstand nicht zufällig im 19. Jahrhundert in Großbritannien, als die sogenannten "Tories" begannen, sich "Conservatives" zu nennen und aus einer losen Gruppe standesbewusster Parlamentarier zu einer Partei im modernen Sinne zu formieren. "Konservativ" kommt also begrifflich aus der parlamentarischen Tradition, wird aber, wie erwähnt, längst unterschiedslos auf alle möglichen Richtungen und Strömungen angewendet. Die "Conservative Party" war dabei ja auch nicht einfach nur staatstragend patriotisch, sie war ausdrücklich und ausgesprochen imperialistisch, dem britischen Weltreich und seinen nicht zuletzt wirtschaftlichen Interessen verhaftet.

Die Tradition des Inselreichs, sich auf dem europäischen Kontinent jeweils der stärksten Macht entgegenzustellen, beruhte eben nicht nur auf der höheren Weisheit einer auf Ruhe und Ausgleich bedachten Balance-Politik; sie diente schlicht dem nationalen Interesse, das als identisch mit den überseeischen Interessen des Empire betrachtet wurde und erforderte, direkt vor der Haustür keinen allzu mächtigen Konkurrenten und potentiellen Herausforderer zu dulden. Eine Haltung, die sich vor allem im Kampf gegen Napoleon bewährt hatte, und die zu ignorieren schließlich dem Deutschen Reich unter Wilhelm II. zum Verhängnis werden sollte. Aber nicht nur die Bewahrung der äußeren Machtbalance macht hier das Konservative aus, sondern parallel dazu die innere Balance im parlamentarischen Spiel der Kräfte, das Großbritannien als insulare und maritime Nation in seiner berühmten "splendid isolation" zu entwickeln vermochte - und in seinen besten Zeiten mit kühler Pragmatik kombinierte.

In der Sache wird das Rechts-Links-Schema, das bis heute die parlamentarisch-politische Geographie markiert, allerdings schon auf den Beginn der Französischen Revolution zurückgeführt, nämlich auf die verfassunggebende französische Nationalversammlung von 1789 - links, vom Präsidenten der Versammlung aus gesehen, saßen eben die fortschrittlichen, auf Veränderung drängenden, also in diesem Fall für die Erringung der Republik streitenden Abgeordneten, rechts die gemäßigten Bewahrer, die an der Monarchie prinzipiell festhalten wollten. Das Ganze endete bekanntlich im revolutionären Blutbad und mündete in das kurzlebige Imperium Napoleon Bonapartes - gleichwohl mag es lohnen, sich die ideelle, um nicht zu sagen visionäre Voraussetzung dieser, salopp gesagt, Fortschrittslawine zu vergegenwärtigen, wie sie im berühmten Schlachtruf "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!" zum Ausdruck kommt.

So lauten ja nun einmal die Werte, auf die wir uns als Demokraten nach wie vor berufen, aber was war damit ursprünglich gesagt und gewollt? Nicht zuletzt, scheint mir, etwas Illusionäres. Denn die Ideologen der französischen Revolution glaubten nicht nur, dass sie diese Werte für die ganze Menschheit erringen und durchsetzen könnten, was sich eben schon mit Napoleon als unreal erwies. Seine gern auch mit Frankreichs zivilisatorischer Mission begründete Eroberungspolitik entfachte ja, nicht zuletzt in Deutschland, als Gegenbewegung erst jenen durchaus demokratischen Nationalismus, der selbst, wie schon erwähnt, zunächst revolutionär und keineswegs konservativ war.

Den fatalen Irrglauben der französischen Revolutionäre und ihrer intellektuellen Nachfolger aber sehe ich in ihrer utopischen Gewissheit, diese drei Grundwerte seien nicht nur kompromissweise vereinbar, sondern letztlich kongruent zu verwirklichen - die Gesellschaft der Zukunft und ihre Mitglieder könnten und würden tatsächlich alle miteinander vollkommen frei, vollkommen gleich

und vollkommen brüderlich sein. Radikale und revolutionäre Vordenker glauben dies - von 1789 bis heute, wie mir scheint, mögen sie nun die klassenlose Gesellschaft, die Selbstregulierung des Marktes, den Staat als autoritative Ordnungsmacht oder was auch immer zum Maß aller politischen Dinge machen.

Dass Freiheit und Gleichheit einander nicht völlig, doch bis zu einem gewissen Grade ausschließen, mag sich gleichwohl allmählich herumsprechen, wenn auch vielleicht nicht bei der "Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft" und in manchen Kultusministerien. Das wäre noch auszuführen; ich möchte mich aber zunächst dem dritten Element zuwenden, der Brüderlichkeit, in der man unschwer die säkulare Fassung des christlichen Gebots der Nächstenliebe erkennt. Was sich revolutionär daraus machen lässt, zeigt allerdings nicht nur der 1848 entstandene Spottvers "Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein!". Gleichviel, Brüderlichkeit steht nach wie vor hoch im Kurs, wenn auch unter anderem Namen: Sie wird gemeinhin mit "Solidarität" übersetzt und gern als Kampfbegriff genutzt. So geht sie in Politpredigten, Parteiprogramme und Gewerkschaftsparolen ein und gehört zum breit ausbetonierten Begründungsfundament gesellschaftlicher Veränderung durch die einschlägige Gesetzgebung.

Fundamental ist dabei vor allem ein verbreitetes Missverständnis: Ob Solidarität, Brüderlichkeit oder Nächstenliebe - das Wort meint in jedem Fall eine Form der Mitmenschlichkeit, die auf Freiwilligkeit beruht. Eine nennenswerte nationalstaatliche Sozialgesetzgebung aber brauchen und haben wir - seit Bismarck übrigens - , nur weil und insoweit wir eben gerade *n i c h t* solidarisch sind. Wären wir es alle miteinander, bräuchten wir keinen Sozialstaat einschließlich der von ihm verordneten Steuern und Pflichtbeiträge. Bei der vermeintlichen Solidarität geht es in Wahrheit um Sicherheit - in diesem Fall um die staatliche Sicherung des wirtschaftlichen Existenzminimums mit Obdach, Nahrung, Kleidung und nicht zuletzt medizinischer Versorgung durch die entsprechende Alimentierung der Bedürftigen. Der Staat, darüber herrscht weithin Einigkeit, hat durchaus nicht nur Freiheit zu garantieren; er muss zugleich für Sicherheit an Leib und Leben sorgen und für beide Aufgaben sein Gewaltmonopol behaupten, nach außen durch Verteidigungsbereitschaft, also eine Armee, und nach innen u.a. durch Justiz und Polizei. Er muss aber ebenso ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit schaffen, so sehr darüber gestritten werden kann und aktuell ja auch gestritten wird, wie dieses Mindestmaß zu bestimmen ist.

Nur Sicherheit, ein primäres Bedürfnis fast aller Menschen, schafft Stabilität, und ihre strukturelle Voraussetzung nennen wir gemeinhin Ordnung. Wir müssten den Slogan von 1789 folglich abwandeln und "Freiheit, Gleichheit, Sicherheit!" oder "Freiheit, Gleichheit, Ordnung!" proklamieren, aber das klänge natürlich weniger leidenschaftlich und herzerwärmend. Wobei es für das konservative "Geschichtsgefühl" (ein Ausdruck Martin Walsers) eben nicht um eine abstrakte oder gar absolut gesetzte Ordnung geht, sondern um geschichtlich gewordene und kulturell fundierte Ordnungsmächte und ihre Binde- und Integrationskraft, vom Staat und der nicht zuletzt als Sprach- und Kulturgemeinschaft verstandenen Nation über eine Fülle von Institutionen und Zusammenschlüssen bis zur Familie, die zu erhalten, zu schützen und für nachwachsende Generationen zu tradieren sind.

Neben dem Widerspruch zwischen Freiheit und Gleichheit rückt uns seit einiger Zeit die Polarität von Freiheit und Sicherheit wieder verstärkt ins Bewusstsein. In den Debatten über Terror und politischen Extremismus, einschließlich der islamistischen Gefahr, erscheint er besonders virulent; und auch dabei zeigt sich, dass der jeweilige prinzipielle Zielkonflikt nicht dauerhaft und eindeutig zugunsten des einen oder anderen Grundwertes entscheidbar ist. Wer Sicherheit will, muss die Freiheit einschränken, wer Freiheit will, muss in entsprechendem Maße auf Sicherheit verzichten. Selbst die

Bundeskanzlerin hat vor einiger Zeit - zum Kummer etwas eingleisig denkender Kirchentagsbesucher in Berlin - immerhin eingeräumt, dass es zwischen christlicher Nächstenliebe und Realpolitik ein Dilemma gibt; ich hatte in der Flüchtlingspolitik eine Zeit lang den Eindruck, das sei ihr aus dem Blick geraten.

Ich habe mich in diesem Kontext wie auch schon früher wiederholt mit dem Widerspruch von Realpolitik und, wie ich sie nenne, Moralpolitik auseinandergesetzt. Dem Grunde nach hat ihn vor einem Jahrhundert schon der große Soziologe Max Weber mit der berühmten Unterscheidung von "Gesinnungsethik" und "Verantwortungsethik" in die politisch-philosophische Debatte eingeführt. Poetischer und noch früher hat es mein norddeutscher Landsmann Theodor Storm mit einem Vierzeiler ausgedrückt: "Der eine fragt: Was kommt danach? / Der andere fragt nur: Ist es recht? / Und also unterscheidet sich / der Freie von dem Knecht." Es ist das ewige Dilemma zumindest der abendländisch und damit letztlich von der Aufklärung geprägten Gesellschaften. Außenpolitisch lässt es sich an der Frage festmachen, wie wir mit Leuten und Regimen umgehen, die wir nicht schätzen, aber brauchen; mag es da um Putins Russland oder Erdogans Türkei gehen oder um den medial allgegenwärtigen Herrn Trump - stets haben wir Mühe, moralpolitische und realpolitische Ziele und Methoden abzuwägen und kompatibel zu machen.

Freiheit oder Gleichheit, Freiheit oder Sicherheit - dass es sich jeweils um ein grundsätzliches, nie ganz auflösbares Dilemma handelt, zeigt sich exemplarisch am Dauerbrenner der "Chancengleichheit im Bildungswesen" - schon die Schulpflicht und notfalls der entsprechende Zwang soll ja nicht nur mehr Gleichheit, sondern ebenso persönliche Freiheit durch Bildung ermöglichen, aber eben im Prinzip die Freiheit eines jeden und nicht nur einiger weniger. Doch beides ist nicht erreichbar ohne potentiellen Zwang und steht zudem im Ziel- und Methodenkonflikt miteinander. Der Konflikt verschärft sich, wenn der Streit ans pädagogisch Eingemachte geht, zum Beispiel an die Grundstruktur des Schulsystems.

Dabei kann man in bürgerlich-progressiven Kreisen eine gewisse Aufregung verursachen mit der Preisfrage: Beginnt der Mensch wirklich erst beim Abitur? Werden die Lebenschancen des Einzelnen tatsächlich durch akademische Abschlüsse bestimmt? Und die wiederum nur durch die jeweilige Intelligenz? Und: Ist diese oder sind vielleicht auch andere psychische Faktoren - Energie, Ausdauer, Belastbarkeit, kurz die Vitalität, ohne die aller Ehrgeiz verpufft, nicht weitgehend genetisch bedingt, also durch Erziehung nur begrenzt zu beeinflussen? Die Antwort darauf müsste ja reale Folgen haben für die Ausgestaltung des Bildungssystems, aber die Frage scheint immer noch vergangenheitspolitisch tabuisiert zu sein.

Nun ließe sich das beschriebene Grunddilemma für alle Felder der Gesetzgebung durchspielen, bis hin zu gewissen Quotenregelungen und Sprachverhunzungen sowie anderen Absurditäten der politischen Korrektheit; das will ich uns hier ersparen. Wir haben es in allen Fällen mit der Relativität von Grundwerten zu tun - da aber "Relativismus" in manchen, nicht zuletzt in höchsten Kreisen des katholischen Klerus als Sündenfall gilt, muss ich das noch kurz präzisieren; denn in der Tat gibt es in unseren öffentlichen Diskursen die Gefahr einer relativistischen oder, wie ich sie nennen möchte, nivellistischen Beliebigkeit. Aber ich meine etwas anderes: Wir unterscheiden logisch und empirisch oft nicht genau genug zwischen notwendigen und hinreichenden Voraussetzungen, das gilt auch für die ideellen Grundlagen eines gedeihlichen Zusammenlebens, die vielstrapazierten "Werte". Für die drei genannten gilt: Jeder ist unentbehrlich, also in seiner Notwendigkeit absolut, aber keiner ist für eine sich als human und aufgeklärt verstehende Gesellschaft allein schon hinreichend.

In der demokratischen Lebenswirklichkeit bedingen, fordern und ergänzen diese Werte einander,

und zugleich widersprechen und widerstreiten sie einander, kurz: Auf das Ganze, die res publica bezogen, relativieren sie einander. Anders gesagt: Der Liberale betont die Freiheit, der Soziale die Gleichheit und der Konservative die Ordnung, und solange er sie jeweils nicht überbetont, ist es demokratisch legitim und von Fall zu Fall auch notwendig. Ja, man kann im Kontrast dazu den Ideologen in allen Varianten geradezu dadurch charakterisieren, dass er einen einzigen dieser Werte absolut setzt, weil er glaubt oder zu glauben vorgibt, damit würden gleichermaßen auch die anderen verwirklicht. Der sozialistische Utopist ebenso wie der markt- oder bürgerrechtsradikale Liberalist wie auch der reaktionäre Ordnungsfanatiker stellt jeweils gewissermaßen die extreme personale Ausprägung dieses Irrglaubens dar.

Überhaupt ist nach meinem Dafürhalten in der Politik die reine Lehre allemal die Irrlehre. Ich widerstehe der Versuchung, als Beispiel das Traditionsverständnis der Bundeswehr heranzuziehen, das die alte und neue Verteidigungsministerin so entschieden wie schmalspurig argumentierend auf dem Befehlsweg festgeschrieben hat. Tradition hin oder her, das Hauptproblem der Truppe scheint doch längst im begründeten Zweifel daran zu bestehen, ob sie im Rahmen der Bündnispflichten den Verteidigungsauftrag überhaupt noch erfüllen kann. Unter diesem Aspekt, aber auch grundsätzlich erscheint mir die Frage wichtiger und interessanter, ob denn die von einem ehemaligen Hoffnungsträger aus den Reihen der CSU im Zuge eines milliarden schweren Sparprogramms quasi im Handstreich durchgedrückte Abschaffung der Wehrpflicht der Weisheit letzter Schluss gewesen ist. Geradezu ein klassisches Thema für Konservative; hätte man also nicht wenigstens in den Unionsparteien eine heiße Debatte erwarten dürfen? Aber da kam nicht viel.

Gewiss, da war das Problem der Wehrgerechtigkeit. Aber darauf hätte man auch mit der Einführung eines "Sozialen Pflichtjahrs" (oder Halbjahrs) für alle reagieren können, wobei es im Rahmen des Bedarfs den jungen Männern und Frauen zunächst überlassen bliebe, ob sie es bei karitativen Organisationen und Hilfsdiensten wie dem Roten Kreuz, bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Krankenhäusern oder Altersheimen, in der Entwicklungshilfe oder eben bei der Truppe abdienen. Die Betonung liegt auf dem Dienen, denn abgesehen vom praktischen Nutzen wäre es vielleicht nicht ganz abwegig, den jungen Leuten - und nicht zuletzt jenen mit "Migrationshintergrund" - praktisch zu vermitteln, was "Pflichterfüllung" oder "Dienst" an der Gemeinschaft eigentlich heißt. Und wie unentbehrlich sie weiterhin sind, trotz oder vielmehr wegen der hedonistischen Grundströmung der postheroischen Zivilgesellschaft, deren humanes Grundmotiv leider nicht ausschließt, dass sie nach und nach zur posthumanen Gesellschaft entartet.

Was das heißt, lässt sich an einer der hässlichsten Beschimpfungen verdeutlichen, die je einem demokratischen Politiker zuteil wurden. Im Streit um die Nachrüstung, die Helmut Schmidt einst erfand und Helmut Kohl dann durchsetzen musste, sprach Schmidts (damals noch) Parteifreund Oskar Lafontaine von den Sekundärtugenden, mit denen man auch ein KZ betreiben könne. Er zielte damit direkt auf Schmidt, der gewisse "preußische" Tugenden - Pflichtgefühl, Verlässlichkeit, Disziplin - verkörperte und vertrat. (Andere, zum Beispiel die Tugend der Bescheidenheit, vielleicht weniger.) Doch in Wahrheit kann man ohne Sekundärtugenden gar nichts betreiben, kein Krankenhaus und keine Kirche, keine humanitär tätige Hilfsorganisation und noch nicht einmal eine linke Partei, selbst wenn deren Primärtugend Selbstgerechtigkeit heißen sollte. Dass der infame Angriff in der deutschen Intelligenzija einigen Beifall fand, zeigte, dass ein gewisser Realitätsverlust, verbunden mit moralisierender Überheblichkeit, als deutsches Erbübel systemneutral lange überdauert hat - und ich habe meine Zweifel, ob wir's mittlerweile wirklich überwunden haben.

Die Debatte um die eingangs erwähnte deutsche und/oder europäische Leitkultur steht damit in unmittelbarem Zusammenhang; ich kann darauf nur ganz knapp eingehen, es ist ein mehr als

abendfüllendes Thema. Ich mag das Wort übrigens nicht besonders; es erinnert mich irgendwie an Leitplanken und lässt sich als "Leidkultur" trefflich parodieren. Mir genügt die schlichte Kultur; zu ihr zählt letztlich alles, was das menschliche Leben menschlich und lebenswert macht. Einschließlich der politischen Kultur natürlich, die aber eben nicht isoliert gedacht, bewahrt und weiterentwickelt werden kann. Der große Staats- und Verfassungsrechtler Ernst Wilhelm Böckenförde hat es einst auf den Punkt gebracht - Sie kennen vermutlich seinen 1976 geprägten, vielzitierten Satz: "Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann."

Aus diesem Grund schützt und fördert der Staat vorstaatliche, im weitesten Sinne kulturprägende Institutionen, die diese Voraussetzungen nicht nur garantieren, sondern überhaupt erst schaffen - angefangen mit der Familie. Aus diesem Grund zieht der Staat nach wie vor die Kirchensteuer ein, unter anderem. Die Finanzierung oder Subvention von Kultur- und Bildungseinrichtungen bis hin zum Sport gehört ebenso hierher wie die Parteienfinanzierung oder auch die Rundfunkgebühr, auf die ja nicht einmal eine so demokratisch gefestigte und zugleich kapitalistisch ausgerichtete Gesellschaft wie die schweizerische mehrheitlich verzichten mag. Böckenfördes Befund lässt sich auf viele Bereiche anwenden, nicht zuletzt auf die Marktwirtschaft selbst, denn auch sie kann ihre Freiheits- und Ordnungsvoraussetzungen nicht selbst sicherstellen; ohne Regeln und Normen, nicht zuletzt ohne die vom Staat gegebene Rechtssicherheit, geht sie an sich selbst zugrunde. Aber besonders gilt der Satz Böckenfördes gewiss im Blick auf die Zuwanderungs- und die Integrationsproblematik.

Unsere politische Verfassung mit dem Grundgesetz als Kern versteht und erklärt sich eben nicht von selbst und kann sich schon deshalb auch nicht selbst garantieren. Sie lebt vom Verständnis, Einverständnis und Engagement der Bürger. Sie ist geschichtlich verwurzelt und kulturell bedingt, und auf diesen Voraussetzungen beruht die Identifikation mit ihr. Und diese geschichtlich-kulturellen Grundlagen vermitteln sich nicht nur durch die Kenntnis und Beherrschung der deutschen Sprache, um die es ja leider nicht einmal unter autochthonen Deutschen zum Besten steht. Es geht mir dabei auch nicht so sehr um äußerliche Traditionen unseres Kulturkreises, obwohl auch sie wichtig sind. Es geht um das lebendige Tradieren von Haltungen und Einstellungen, wenn man so will von Mentalitäten. Und dies wiederum nicht nur hinsichtlich der Toleranz gegenüber Andersmeinenden, soweit sie nicht Gewalt propagieren, überhaupt der Gesetzestreue inklusive der Abstinenz von Gewalt - auch in der Familie und im "Clan" - oder der Rolle der Frau und der Erziehung der Kinder.

Es geht, damit sage ich wahrlich nichts Originelles, ganz grundsätzlich um die Fähigkeit und den Willen, Regeln zu achten und zu befolgen. Und damit für die politische Klasse um die Fähigkeit und den Willen, Regeln zu setzen und durchzusetzen. Es geht, auch im europäischen Kontext, also zum Beispiel auch um die Bereitschaft, den Staat nicht um seine Steuern zu betrügen, mag man sie auch deutlich zu hoch finden, die nächste Generation nicht mit einem Übermaß an Schulden zu belasten, und einiges mehr. Weder Deutschland noch die EU können gedeihen, wenn hier die Maßstäbe nicht eindeutig und für alle gleichermaßen verbindlich sind. Und machen wir uns nichts vor: Um die Chancen für in diesem Sinne konservative Positionen ist es in Europa wie in unserem eigenen Land anscheinend auf absehbare Zeit nicht sonderlich gut bestellt, während wir paradoxerweise gleichzeitig auch auf Feldern, wo ein entschiedener Fortschritt von existentieller Bedeutung ist, wie etwa der Digitalisierung, offenbar zurückfallen.

Um die Frage nach der Zukunft des Nationalstaats wenigstens noch zu streifen: Unterstellen wir einmal, die "Vereinigten Staaten von Europa" kämen wirklich zustande. Wären sie dann nicht eine Supermacht wie die USA, atomar bewaffnet selbstverständlich, und ergäbe sich daraus nicht das Selbstverständnis und Selbstbewusstsein einer "Nation Europa" mit allen Licht- und Schattenseiten, die daraus folgen? Und: Wenn wir unter einer Nation ein Staatsvolk verstehen, das sich durch ein

Mindestmaß an kultureller Homogenität auszeichnet - liegen die Probleme der "failed states", zumal in Afrika und im Nahen Osten, nicht gerade darin, dass die Kolonialmächte, Großbritannien und Frankreich zumal als Siegermächte des Ersten Weltkriegs, die Grenzen ihrer Kolonien nach ihren Interessen völlig willkürlich, nämlich ohne jede Rücksicht auf ethnische und kulturelle Gegebenheiten gezogen haben? Deshalb zum Beispiel plädiert heute der deutsch-israelische Historiker Michael Wolffsohn für eine tiefgreifende Föderalisierung von Staaten wie Irak oder Syrien, aber auch Israel/Palästina, nämlich die Schaffung übergreifender Staatsgebilde mit möglichst weitgehender Autonomie ihrer ethnisch und kulturell (also auch religiös) definierten Teilstaaten

Mehr als abendfüllend wäre auch dieser Punkt, und an Beispielen und Argumenten für und wider ist kein Mangel, doch in dieser Runde nehme ich just deshalb, sozusagen im Namen und Rahmen der Sekundärtugend Pünktlichkeit, die Kurve zur Zielgeraden. Ich galt übrigens bei Freund und Feind immer als Konservativ-Liberaler (manchen auch als Konservativer ohne Bindestrich). Das lag daran, dass ich als Journalist und Autor in Abgrenzung zum intellektuellen Mainstream zu denen zählte, die den durch die Nationalsozialisten pervertierten und in der Folge vom Zeitgeist missachteten Ordnungsgedanken wieder in sein Recht einsetzen wollten. Auch, um es schlagwortartig noch anzudeuten, ganz handfest mit der Verteidigung eines verantwortungsethisch begründeten Leistungsprinzips: gegen die neo-liberal genannte Ideologie völliger Deregulierung ebenso wie vorher schon gegen sozialistisch inspirierte Überregulierung und sonstige, zum Teil auch der Brüsseler Eurokratie geschuldete Fehlsteuerungen, die auf Dauer die Soziale Marktwirtschaft aushöhlen - und damit sowohl den Freiheits- wie auch den Ordnungsgedanken selbst!

Erst im permanenten Ringen, im Miteinander und Gegeneinander von Freiheit, Gleichheit und Ordnung halte ich so etwas wie Gerechtigkeit für möglich - als Gleichgewicht nämlich, das jedoch niemals permanent und perfekt, sondern immer nur vorübergehend und annäherungsweise zu erreichen ist. Die Balance wird immer wieder gestört und droht zu kippen, muss immer neu hergestellt werden. Schon deshalb taugen Begriffe wie "konservativ", "liberal" oder "sozial" nur begrenzt zum Schlachtruf, sie geben nur ungefähr diese oder jene Richtung und Tendenz an und stecken das Feld ab, auf dem sich unsere politische Vernunft zu bewähren hat. Und zu dieser Bewährung gehört immer auch die Fähigkeit zum Kompromiss - sofern er denn nach Maßgabe der hier skizzierten Balance einigermaßen rational begründet ist und nicht nur das Ergebnis kurzatmiger Fingerhakelei.

"Neigt das Boot sich nach rechts, lehne ich mich nach links, und umgekehrt", lautet eine Sentenz von Thomas Mann. Sie bleibt die ordnungspolitische Devise des Balancedenkers - und ist somit doch auch wieder konservativ. Wohin allerdings in Zeiten einer digital getriebenen, rasanten Globalisierung und ihrer Verwerfungen für unsere Nation und für Europa das Boot eigentlich unterwegs ist und sein sollte, ist noch einmal eine ganz andere Frage - auf die zum Beispiel ein Donald Trump zwar offenkundig die falschen Antworten gibt, wir alle aber die richtigen wohl auch noch nicht gefunden haben.